Preußischer Landtag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 27. November.

Am Ministertische: v. Scholz, v. Puttkamer, v. Bötticher, Lucius.

Präs. v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit der Mittheilung, daß die üblichen Fachkommissionen gewählt worden sind und sich konstituirt haben.

Eingegangen ist die Entschließung der Staatsregierung auf die in voriger Session gefaßten Beschlüsse und Resolutionen des Hauses.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte des Etats.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Mühlhausen) polemisirt gegen den Abgeordneten Rickert, welcher der von demselben dem Abgeordneten von Minnigerode gemachte Vorwurf, oft wiederlegte Behauptungen wieder vorgebracht zu haben, selbst treffe. Auch habe er das Verhältniß von Steuererlassen in Preußen und Neubelastungen im Reiche falsch dargestellt. Bei der Forderung neuer Reichssteuern habe man in erster Reihe nicht Entlastungen eintreten lassen, sondern das Defizit decken wollen. Die steuerfrei gewordenen Personen seien meist auch solche, die Naturalbezüge haben, also von den Lebensmittelsteuern nicht getroffen werden. Einfache Nothwendigkeit sei es, wenn Einnahmen und Ausgaben nicht mehr gleichen Stand hatten, für Vermehrung der ersteren zu sorgen. Die konservative Partei habe sich dieser Pflicht nicht entzogen. Von einer guten Wirthschaftspolitik sei zu verlangen, daß sie die werbenden Kräfte der Nation beiahige, an der aufsteigenden Bewegung theilzunehmen; in dieser Richtung habe sich die Politik von 1879 voll bewährt, niemals habe Deutschland eine so glückliche Position eingenommen, wie zur jetzigen Zeit. Bei Besprechung wirthschaftlicher Fragen habe die Linke nach Popularität, sorge für die Wahlagitation. Die Vermehrung der Eisenbahnbeamten sei unbedenklich, da selbst die Gegner eine unzulässige Beeinflussung derselben durch die Regierung nicht haben nachweisen können. Er freue sich, daß der Kultusetat für die idealen Interessen der Nation sorge, indem er einen reichen Fonds für die Kunst enthalte. Ebenso erfreulich sei die Mehrforderung im landwirthschaftlichen Etat; denn eine Förderung der Produktion, eine Besserung des landwirthschaftlichen Betriebes sei die erste Voraussetzung einer Gesundung der Landwirthschaft. Redner appellirt an das Centrum, seinen Einfluß bei der Kurie dahin geltend zu machen, daß dieselbe ihre Anforderungen zurückschraube und dem Staat sein Recht lasse, dann werden wir zu friedlicheren Zuständen kommen. Ferner wünscht Redner das baldige Zustandekommen eines Dotationsgesetzes. Preußen habe mehr Analphabeten als irgend ein anderer deutscher Staat und die Analphabeten stellen ein überaus großes Kontingent zu Zuchthaussträflingen. Auf dem Gebiete des Kultusetats werden wir überhaupt noch manchen Aufwand nöthig haben, und dann bleiben immer noch unerfüllte Wünsche übrig. Der Etat balanzire zwar ohne Anleihe, biete aber nicht entfernt die Möglichkeit zur Erfüllung der dringendsten Aufgaben des preußischen Staates. Unsere finanzielle Kalamität sei daher gekommen, daß man die außerordentlichen Einnahmen der Jahre 1872 und 1873 als ordentliche Einnahmen eingestellt habe. In dieser Hinsicht dürfe man nicht weiter fallen, damit nicht die Defizitwirthschaft wieder in den Etat einreiße. Man müsse energisch angreifen mit der Erweiterung des Steuersystems des Reiches. Die Hilfsmittel für weitere Besteuerung, Bier, Tabak und Branntwein, seien noch lange nicht erschöpft, nur müsse bei letzterem auf die Industrie Rücksicht genommen werden. Redner fordert auf, diesen Weg weiter zu verfolgen zum Besten des Vaterlandes.

Abg. Büchtemann: Ich bin zweifelhaft, ob die Verherrlichung der neuen Wirthschaftspolitik nur zu früh oder zu spät gekommen ist, weil die Eisenindustrie z. B. an sich selbst erfährt, wie schweren Täuschungen auch gewiegte Sachkenner sich bereits eingestehen müssen. Wenn man sich auf die Steigerung der Löhne in der Eisenindustrie durch die Zölle beruft, so konstatirt der Bericht über die fiskalischen Betriebe, daß thatsächlich nur eine höchst geringe Besserung stattgefunden, die wohl auch den von der Gegenseite gehegten Erwartungen nicht entsprechen dürfte. Andererseits sind seitens einiger Bergwerksverwaltungen Aenderungen getroffen worden, um die Löhne auf andere Weise wieder einzuschränken. Herr v. Zedlitz hat die Thatsache, daß die Zölle und Steuern des Reichs um 125 Millionen erhöht worden sind, und daß dieser Erhöhung in Preußen nur eine Entlastung von 21 Millionen gegenübersteht, nicht aus der Welt schaffen können. Ferner kann er die Thatsache nicht entkräften, daß die von der Regierung zur Eröffnung der neuen Schutzzollpolitik abgegebenen Erklärungen dahin gegangen sind, daß in erster Reihe eine Entlastung des Volks erfolgen solle. Möglich, daß Herr v. Zedlitz die Thatsachen vergessen hat, aber als vor den letzten Reichstagswahlen der Abg. Richter das bekannte Flugblatt „Hundert Millionen neuer Steuern" herausgab, schrieb die „Prov.-Korr.", von hundert Millionen sei überhaupt nicht die Rede, aber jedenfalls sei der Zweck eine Steuererleichterung. Die Thronrede, mit welcher im Jahre 1879 der Reichstag eröffnet wurde, sagte ausdrücklich: Die Vorschläge, welche Ich und Meine Bundesgenossen gemacht, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmen für das Reich die Einzelstaaten in den Stand zu setzen, auf drückende Steuern zu verzichten, ein höherer Ertrag, eine höhere finanzielle Einnahme wird nicht erstrebt, soweit nicht Reichstag und Landtag die Beschaffung neuer Mittel für nothwendig hält. - Der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums wird sich wohl noch erinnern, daß er es abermals für einen „Stoß ins Herz des monarchischen Prinzips" erklärte, wenn die Hoffnungen der Nation in der Beziehung getäuscht wurden, daß die Mittel nicht dazu verwendet wurden, um die Kommunallasten zu beseitigen. Einen klassischeren Zeugen können wir nicht finden. Was die Höhe der Steuern betrifft, so weiß ich nicht, wie Herr v. Zedlitz die Zahl von 125 Millionen bestreiten kann, er braucht nur den neuen Etat mit dem von 1879 zu vergleichen, um sie zu finden. Ich komme auf den Kernpunkt der heutigen Frage: wie gestaltet sich unsere heutige Finanzlage nach dem Etat? Wir sind erfreut, daß sich der Herr Finanzminister auf denjenigen Standpunkt stellt, der früher sowohl von seinen Amtsvorgängern, wie von dieser Seite des Hauses eingehalten worden. Ich will nicht mit ihm rechten, ob und wieweit das, was er bei der vorjährigen Etatsrede ausführte, von seiner diesmaligen abweicht. Ich begnüge mich mit den Aeußerungen des Herrn Ministers von heute und lasse ihm auch seine Reserven, die er sich gemacht, da ja nach der Einführung der erhöhten Betriebsverwaltung in den Etat keiner über eine ferne Zukunft sprechen kann. Ich sehe die Finanzlage für eine günstige an. Wenn die Bemerkungen des Herrn Finanzministers über das Verhältniß Preußens zum Reiche zutreffen, so meine ich, würde diejenige Finanzpolitik nicht die richtige sein, welche heute die preußischen Einnahmen verbessern will und gewissermaßen Hilfsquellen, welche das Reich für sich selbst braucht, im Interesse von Preußen abgräbt. Der Reichskanzler ist in seinen Plänen und auch in seiner Finanzpolitik zähe und so kommt es, daß man bei allen alten und neuen Projekten den Satz hört: Neue Reichssteuern! Auch der Holzzoll ist vom Finanzminister wieder angeregt worden. (Widerspruch). Wenn ich mich irre, so freut es mich. Ich wollte darauf hinweisen, daß die Erhöhung der Reichssteuern, auf welche schon seit Jahren der Reichskanzler und der preußische Finanzminister hingewiesen haben, uns in der That hindert, unseren eigenen Aufgaben in Preußen gerecht zu werden, daß die Maschine der Gesetzgebung auf diesem Gebiete immer schwerfälliger arbeitet und daß wir besser thun würden, wenn wir uns auf unsere eigenen Füße stellen wollten. Der Herr Minister hat sich auf die sächsische Thronrede berufen; ich meine aber, wenn der Reichskanzler betont, daß er die Erhöhung der Einnahmen des Reichs im Interesse des größten Bundesstaats für nothwendig hält, so wird kein größerer anderer Bundesstaat dem entgegentreten. Ich bedauere, daß die stete Rücksichtnahme auf die Eröffnung neuer Einnahmequellen im Reiche uns hindert, unseren Aufgaben gerecht zu werden: ich denke an Aufgaben, welche in der Thronrede bezeichnet sind. Was die Beamtenbesoldungen betrifft, so waren früher alle Parteien darin einverstanden, daß das etwas bei uns selbst zu Erledigendes sei, und wenn ich mir jetzt beim Eisenbahnetat die Frage vorlege, ob es nicht möglich wäre, eine weitere Aufbesserung der Beamtengehälter eintreten zu lassen, so sage ich mir, daß es gelingen würde, wenn man einen Theil der Ueberschüsse, die jetzt in die Rechnungen des laufenden Jahres eingestellt werden, dazu verwendete. In Zeiten, wo Ueberschüsse erzielt werden, ist es richtiger, die Gehälter zu erhöhen, damit nicht Täuschungen über die scheinbar hohen Erträge entstehen, während der Mißstand von Jahr zu Jahr wächst, und die Beamten mit neuen Reichssteuern verrostet werden, von denen Niemand weiß, welche es sind, und ob sie eine Majorität finden werden. So arbeiten wir, statt uns auf festem Boden zu bewegen, in einem Nebel von Steuerprojecten. Ebenso oft es mit den Kommunalsteuern. Der Schwerpunkt der Reform liegt nicht in der Reform der direkten Steuern, sondern der Kommunalsteuern, so lange jede Kommune auf die Staatssteuer Zuschläge legen kann, werden wir keine gute Erledigung der Kommunalsteuerfrage erreichen, ebensowenig wie die Dotationen jemals diese Frage lösen werden, vielmehr wird man an der Hand eines Gesetzes die Lösung versuchen müssen. — Die Herren v. Schorlemer und v. Minnigerode bezweifelten die richtige Bemessung des Extraordinariums gegenüber dem Ordinarium. Ich muß bekennen, daß man, solange die Frage der Beamtenbesoldungen nicht gelöst ist, zweifelhaft sein kann, ob man im Wege des Extraordinariums für nützliche, aber nicht nothwendige Zwecke Summen zur Verfügung stellen soll. Nur die Art und Weise der Ablehnung des Herrn v. Minnigerode veranlaßt mich zu einer Bemerkung. Er handelt sich um den Ankauf der Waffensammlung und eine Ausgabe für Kunstzwecke. Da erkennt man wieder den schneidigen Meistermann an Hrn. v. Minnigerode, (Heiterkeit), daß er sich für die Waffensammlung interessirt. Er fühlt wie ein Gutsbesitzer, der seinen Gewehrschrank als einen nothwendigen Theil seines Haushalts ansieht, daß auch das Reich seine Waffensammlung haben müsse; aber das weitere künstlerische Interesse tritt vor seiner militärischen Natur zurück, die er noch des Weiteren dokumentirte, als er von den Schulausgaben sprach. Bedauerlich aber war es mir, von den beiden Herren zu hören, daß sie ihre Gründe auch daraus entnommen, daß diese Kunsteinrichtung in der Stadt Berlin gemacht werden soll — als ob die Stadt Berlin mit dem Ministerium in geheimer Aktion stände, um etwas vom Landtage durchzusetzen, als ob wir uns in Freundlichkeit mit Herrn von Puttkammer begegneten, damit Herr v. Goßler uns zu diesem Institute verhelfe. Der Stadt kann das letztere ja nur angenehm sein; aber ein weiter darüber hinausgehendes Interesse haben wir daran nicht. Sie mögen unparteiisch erwägen, ob nicht eine Konzentrirung der Kunstanstalten nothwendig ist. Wir aber werden Ihnen dankbar sein, wenn bei Behandlung solcher Dinge der von einem Mitgliede des Centrums uns einst gebotene Ton endlich aufhörte. — Was die Reichssteuern betrifft, so hat Herr von Minnigerode alter Gewohnheit gemäß zuerst auf die Börsensteuer hingewiesen. Er sollte sich doch überzeugen, daß auf der Grundlage des Antrags seines Freundes v. Wedell der Versuch nicht zu Staude kommen kann. Es sind auch nicht die Börsengeschäfte, die den Besitzern von Papieren schweren Nachtheil gebracht haben, sondern die unmoralischen verkrachten Gründungen, an denen viele Ihrer konservativen Gesinnungsgenossen mit betheiligt sind. Auch Herr v. Wedell selbst gehörte zum Aufsichtsrath der Prenzlauer Kreditbank, welche nach kurzer Zeit schenßlich verkrachte. Ich bin weit entfernt, jemandem einen persönlichen Vorwurf zu machen, aber ich wünsche, daß uns auch von dortiger Seite nicht mehr solche Zumuthungen gemacht werden. Zu dem Aufsichtsrathe der Steenberg'schen Bank gehörten ebenfalls drei adelige Herren, und die haben auch nicht verhindern können, daß diejenigen Leute, welche sich mit Petroleum- und Tramwayaktien befaßten, einen großen Theil ihres Kapitals verloren haben. Herr v. Minnigerode möge sich in Acht nehmen, auf derartige Verbindungen dieser Seite des Hauses mit der Börse anzuspielen, sonst könnte ich massenhaftes Material veröffentlichen. Wenn er weiter sagt, daß er bei der Sechandlung das Kapital aufrecht zu erhalten wünscht, weil die deutsche Reichsbank zu sehr mit den Börsenkreisen in Zusammenhang stehe, so will ich ihm nachher auf einem anderen Gebiet nachweisen, wie groß der Einfluß von Interessentenkreisen, auch von agrarischen, sein kann und in welcher Art und Weise die Agrarier in ihren Bezirkseisenbahnräthen handeln. Der Schwerpunkt des ganzen Etats liegt unzweifelhaft in den Eisenbahnen. Ich bin auch der Meinung, daß der Ueberschuß, welcher in den Etat von 1884/85 übergeht, wohl nicht eigentlich von unzweifelhafter Legitimität ist, weil gar sehr wohl eine Tilung hätte stattfinden können. Wir bedauern die Zeit und die Mühe, die auf das Eisenbahn-Garantie-Gesetz verwendet worden ist. Der Herr Finanzminister hielt das Vorhandensein des Ueberschusses wieder für eine glänzende Rechtfertigung des Staatsbahn-Systems. Er wird doch wohl so gut wissen, wie wir, daß diese Ueberschüsse daher rühren, daß der Eisenbahn-Etat nicht mehr zutreffend aufgestellt werden konnte und wenn er so weiter aufgestellt wird, so wird er jedes Jahr eine freudige Ueberraschung bringen. Ein Bild von der Wirthschaft der Eisenbahnen gewinnt man durch Gegenüberstellung gewisser Betriebs-Resultate, die sich überhaupt miteinander vergleichen lassen, und da stellt sich die Sache etwas anders. In den letzten drei Jahren betrug die Zunahme der Ueberschüsse nur 5 bis 8 Millionen bei einer Steigerung der Brutto-Einnahme von 375 auf 579 Millionen; trotz der Erhöhung der Brutto-Einnahmen wurden im Jahre 1880/81 54 Proz. der Ausgaben, 1881/82 56 Proz., 1883/84 57 Proz. und im Etat des laufenden Jahres 58 Proz. absorbirt. Die Hoffnung, daß nach der Verstaatlichung diese Zahlenverhältnisse sich bessern, hat sich also nicht verwirklicht. Es wird also nothwendig sein, den Eisenbahn-Etat nach dieser Richtung hin einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. In der vorigen Session hat ihn die Budget-Kommission in wenigen Stunden durchberathen; die Schwierigkeit der Prüfung ist in der That groß und der Landtag kann nicht anders, als dem Minister Vertrauen schenken. Der neuerlich versammelt gewesene Landeseisenbahnrath hat sich nur mit zwei Tarifen, dem für Spiritus-

---

[22]

Das Fräulein von Birkenweiler.

Roman von A. Lütetsburg.

(Fortsetzung.)

Wie im Traume ging Helene nach dem Schlosse zurück, die Welt war ringsum vollständig verändert. Nie hatte die Sonne so hell vom wolkenlosen Himmel geschienen und nie war sie selbst so froh, so glücklich gewesen. Ihre bleichen Wangen färbte ein höheres Roth und ihre Augen strahlten vor Glück und Seligkeit. Sie war den Bergabhang hinunter gesprungen, durch die schattigen, feuchten Springengänge, und nun wieder hinauf. Mit heller, jubelnder Kehle schmetterte sie ein Lied in die Luft, welches Margot wiederholt gesungen.

Doch plötzlich stand sie still, das Blut wich aus ihren Wangen und indem sie eine Biegung des Weges umschritt, stand ihr plötzlich die Freifrau gegenüber, und im nächsten Augenblick brannte ein heftiger Schlag auf des Kindes Wange — Thränen entstürzten den Augen des erschreckten Mädchens.

„Elendes Geschöpf — sind das die Resultate meiner nachsichtigen Erziehung?" kam es zischend von den Lippen der wuthbebenden Frau. „Einen solchen Straßenlärm führst Du in den Gängen des Parkes aus? Was werden die Leute denken? So steckt denn doch das fluchwürdige Komödiantenblut in Deinen Adern? Warte, ich werde zu anderen Mitteln greifen, Dich zur Raison zu bringen, nie will ich wieder einen solchen Ton von Deinen Lippen hören."

Mit diesen Worten rauschte die erbarmungslose Frau davon und ließ das Kind halbtodt vor Schrecken stehen. Es wurde Helene dunkel vor den Augen und sie klammerte sich an einen jungen Ahornstamm. Sie weinte. „Komödiantenkind! Komödiantenblut!" hauchten die blutlosen Lippen.

Es war schon dunkel und am Nachthimmel war ein Stern nach dem andern aufgetaucht, als Helene sich endlich ins Schloß und sogleich nach Lottas Schlafzimmer schlich. Sie schämte sich. Zu einer derartigen Züchtigung hatte sich die Freifrau seither nicht hinreißen lassen.

Niemand fragte nach ihr, und so saß sie lange Zeit allein und im Dunkeln, in Thränen zerfließend. Es lastete wie ein Alp auf ihr, und wenn sie des Vaters — auch dessen erinnerte sie sich noch —, wenn sie der Mutter gedachte — wer hätte es wagen mögen, nur einen Schatten auf diese beiden zu werfen?

Endlich — Lotta blieb heute so lange — begann sie sich zu entkleiden. Sie hatte sich müde geweint und trotz alles Wehes stellte sich das Verlangen nach Schlaf ein. Ihr war ein trostreicher, hoffnungsvoller Gedanke gekommen, der sie vielleicht von allem Leid erlösen würde. Sie wollte das alte Fräulein um Rath fragen. Mit diesem Gedanken kamen noch andere, wohl geeignet, ein kindliches Leid zu zerstreuen.

Alsbald war Helene eingeschlafen, noch mit Thränen an den dunklen Wimpern, aber mit einem Lächeln um die Lippen, und von freundlichen Träumen umgaukelt, schlief sie bis zu der Stunde, wo Lotta sie weckte.

Lotta war sehr übel gelaunt und zwar infolge der heftigen Vorwürfe, welche ihr von der Freifrau am vorhergehenden Abend gemacht worden waren, daß sie Helene nicht genug beaufsichtige und ihr zu viel Freiheiten gestatte. Sie hatte gedroht, das Kind ihrer Aufsicht zu entziehen, und obgleich Lotta ihr geantwortet, daß ihr das sehr angenehm sein würde, machte sie doch ihrerseits Helene heftige Vorwürfe.

„Ich habe gesungen, Lotta, mir war einmal so leicht und froh um's Herz und ich dachte nicht, daß mich Jemand hören würde," sagte das Kind schüchtern und mit Thränen in den Augen. Lotta war sogleich besiegt. Sie schloß das Kind in ihre Arme und sagte, daß es eine Schande sei, einem Kinde das Singen zu verbieten — aber die Freifrau sei eine böse Frau, die Helene das Leben nicht gönne, der liebe Gott möge wissen, aus welchem Grunde. Sie hoffe jedoch, eines Tages noch hinter das Geheimniß zu kommen und dann werde sich das Weitere schon finden.

„Singe aber nicht mehr, Herzchen, Du siehst, es kommt nichts Gutes dabei heraus. Sie hat mir befohlen, daß ich dafür sorge, daß Deine heimlichen Streifereien eingestellt werden, und ich darf nun leider nicht wieder zugeben, daß Du allein in den Park gehst."

Eine schlimmere Botschaft hätte dem Kinde wohl nicht werden können. Es wurde blaß und zitterte. Da lag nun das herrliche Luftschloß in Scherben zu seinen Füßen und konnte nicht wieder aufgebaut werden.

Einige Tage vergingen und die Geschichte war auch bei der Freifrau einigermaßen in Vergessenheit gerathen, nur bei Lotta nicht, Sie wollte ihrem Lieblinge um jeden Preis die Freiheit wieder verschaffen. Es war ihr nicht schwer geworden, Helene, die seit mehreren Tagen über sehr heftiges Kopfweh klagte, zu überzeugen, daß sie krank sei und einige Tage im Bett bleiben müsse. Das Kind fühlte sich in der That krank und hoffte, daß einige Tage der Ruhe es wieder herstellen würden. Lotta war inzwischen zu der Freifrau gegangen und hatte sie gefragt, ob es nicht das Beste sei, zu einem Arzt zu senden. Helenens linke Backe sei ganz dick und roth, und sie habe die Ueberzeugung, daß hier die Rose im Entstehen sei, da das Kind keine Ursache angeben wisse, woher die Anschwellung komme.

Lotta's Absicht war erreicht. Die Freifrau war erschrocken. Doch nannte sie Lotta eine alberne Person, die sich um Dinge kümmere, die sie nichts angingen. „Führe sie ins freie hinaus — in den Sonnenschein. Ich glaube, das wird sie am ehesten gesund machen."

Lotta konnte nur mit Mühe ihre Freude unterdrücken.

„Gnädige Frau glauben, daß man es wagen darf?"

„Warum nicht? Derartige Naturen pflegen viel auszuhalten," entgegnete die Freifrau ungeduldig.

Sie war in der That beunruhigt. Sie konnte nicht begreifen, warum sie so vom Zorn sich hatte übermannen lassen, und fürchtete, daß irgend Jemand von ihrer brutalen Handlungsweise Kenntniß erlangen könne.

Eine Stunde später saß Helene neben dem alten Fräulein und erzählte ihr, was sie abgehalten, ihren Vorsatz zur Ausführung zu bringen. Sie erzählte es mit einem glückseligen Lächeln, denn der Schmerz war über die Gegenwart vergessen, und nur einen Moment huschte es wie ein Schatten über ihre Stirn, als sie sagte, daß die Freifrau ihr den Vorwurf gemacht, daß das fluchwürdige Komödiantenblut in ihren Adern stecke.

Die alte Dame hatte aufmerksam zugehört und ihre Lippen preßten sich aufeinander, ihre Brauen waren zornig zusammengezogen, während es in ihren lebhaften Augen aufblitzte. Das alles war aber verschwunden, als das Kind ihr den Vorwurf wiederholte, welchen die Freifrau ihr gemacht. Da horchte Tante Karoline plötzlich auf.

Und sie nahm das Kind in die Arme und drückte einen zärtlichen Kuß auf den kleinen Mund, den ein seliges Lächeln umspielte.

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18831129024/fragment/page=0001

Export und dem für Tafelglas nach den Seehäfen beschäftigt; ich wünschte sehr, daß er eine etwas stärkere Thätigkeit entfalten möge. Beim Bezirkseisenbahnrath in Köln ist in letzter Zeit der Antrag eingegangen, den Getreidetarif von den deutschen Nordseehäfen und den Emshäfen ins Binnenland herabzusetzen. Dieser Antrag, der das Interesse der Landwirthschaft wirklich nicht verletzt hätte, wurde im Ausschusse zwar angenommen, im Plenum aber erklärten die Vertreter der Landwirthschaft, daß die Eisenbahntarife ein Annex der Schutzzölle wären; sie erinnerten an den Kompromiß und erreichten die Ablehnung. Im Bezirkseisenbahnrath von Hannover wurde eine Statistik über die Bewegung des Imports beantragt und die Aussicht auf eine etwaige Tarifänderung schien den vereinigten Gegnern so bedenklich, daß sie den Antrag ablehnten. Wenn Herr v. Minnigerode schon die Zuziehung der Kapitalisten zur deutschen Reichsbank nicht für zulässig hält, so halte ich die Zuziehung der Agrarier in ein Institut, wie ein Bezirkseisenbahnrath ist, für nicht weniger bedenklich. Hetzen Sie nicht die Interessen gegen die Interessen, sondern lassen Sie, wenn es nicht anders geht, lieber den Minister allein entscheiden. Die Erntergebnisse sind zwar nicht allgemein befriedigend, aber doch ziemlich gut. Gleichwohl ergiebt sich, daß die Zuführung von Getreide aus dem Auslande sich nicht verringert, sondern erhöht hat. Die Meinung des Reichskanzlers, daß die inländische Konkurrenz in der Lage sei, für den Bedarf ausreichend zu produciren, erweist sich also als unrichtig, ebenso auch die Meinung, daß das Ausland den Zoll zahlen muß. Eine neulich erschienene Statistik vom Geheimen Rath Starcke weist nach, daß die Vermehrung und Verminderung der Diebstähle fast genau mit den Preisen der Lebensmittel zusammenhängt. Es handelt sich also hierbei nicht blos um die materiellen Interessen. Aus dem Bericht des Landwirthschaftsministers geht hervor, daß die Lage der mittleren und kleineren Landwirthe in einem großen Theile der Monarchie günstig ist. Die Auffassung des Abg. v. Schorlemer, der die Lage des kleinen bäuerlichen Besitzes gefährdet nennt, ist also sehr übertrieben. Die Tendenz der Brennereien beklagen wir, weil sie Gleiches für Alle für den Grundbesitz verfolgen. Die in Aussicht gestellte Ueberschrift der Erträge von Nutz- und Brennholz ist noch nicht erschienen; ich vermuthe, daß die noch nicht so weit gediehen, und daß auch der Herr Minister den Grund der Ertragssteigerung noch nicht ermitteln konnte. Die neue Steuervorlage ist eine Folge der vorjährigen Resolution, gegen die wir uns erklären, weil wir eine unklare Resolution nicht zur Veranlassung einer Reform geeignet hielten. Wenn die Reform nicht vorwärts kommt, so kommt das daher, weil sie mit agrarischen und sozialistischen Elementen durchgesetzt ist. Wir meinen, daß die Reform keinen Anlaß geben darf, die Steuer zu erhöhen und die Frage des fundirten und unfundirten Einkommens zu berühren. Bei dem Verwendungsgesetze erklärte der Reichskanzler ausdrücklich, daß er eine Verminderung der Grundsteuer nicht wolle; das Gesetz dieses Steuerprojektes hängt davon ab, ob die Regierung noch auf diesen Standpunkt steht. Wir sind gegen die Aufhebung der 3. und 4. Stufe der Einkommensteuer, weil wir diese Steuerzahler nicht unter die Proletarier setzen wollen. Die Aufhebung der beiden untersten Stufen hat auch nichts genutzt, in Berlin sind wenigstens die Exekutionen nicht geringer geworden, weil ja Staats- und Kommunalsteuern immer zusammen erhoben werden. Was bis jetzt im Reiche und in Preußen geschehen ist, ist nicht den unteren, sondern den bestehenden Klassen, besonders dem Grundbesitz zu gute gekommen. Der Weg zum Frieden zwischen den Klassen ist das nicht. Wir werden an der Berathung des Budgets theilnehmen und wollen hoffen, daß die Grundsätze, die wir vertreten, recht bald wieder in Anerkennung kommen werden. (Bravo! links.)

Abg. Wagner (Osthavelland): Mir ist mehrfach der Vorwurf gemacht worden, daß ich über die Grenzen des zur Debatte stehenden Gegenstandes hinausschweife und daß ich mich nicht immer streng an die Sache halte. Ich bin indessen bemüht, mich nach berühmten Mustern zu bilden. Da die Herren v. Schorlemer, Rickert, Büchtemann mir mit einem so guten Beispiele vorangegangen sind, so wird diese Gewohnheit auch meinem Redner erlaubt sein, der wie ich erst seit kurzer Zeit in das Haus eingetreten ist. Ich komme nun zum Etat. Wie in der Thronrede und auch durch den Herrn Finanzminister hervorgehoben worden ist, stellt sich die Finanzlage des Staates allerdings als eine relativ, nicht aber als eine absolut günstige dar. Dazu hat in erster Linie beigetragen die neue Eisenbahnpolitik, die Verstaatlichungen und die Reichssteuerreform, welche im wesentlichen von der rechten Seite des Hauses durchgeführt worden sind. Nicht so günstig gestaltet sich der Etat in den Betriebsverwaltungen, der Bezirks-, Hütten- und Forstverwaltung; indessen sind auch hier Verbesserungen für die Zukunft zu erwarten. Der Schwerpunkt liegt aber entschieden im Eisenbahnetat. Der Herr Abg. Rickert hat in diesem Jahre eine völlig andere Beweisführung beliebt als im Vorjahre. Damals hieß es, die Erträge seien schwankende, die Ausgaben seien nur erhöht, überhaupt entbehre der Etat der Sicherheit. Diesmal sagt Herr Rickert nichts von alledem. In der That ist diesmal der Etat mit äußerster Vorsicht aufgestellt. Im jetzigen Eisenbahnetat 1884/85 sind die Betriebskosten um 10 Mill. Mark höher angesetzt, trotzdem sind die Ueberschüsse sehr erheblich. Diese günstige Lage des Eisenbahnetats ist umsomehr hervorzuheben, als der Staat sehr theuer hat kaufen müssen und besonders die Hamburger Bahn bedeutende Opfer verlangt. Es ist erfreulich, daß die Ueberschüsse der letzten drei Jahre nicht in die Hände der Aktionäre, sondern in die Hände des Staates geflossen sind. Das Eisenbahnanlagekapital verzinst sich nach meinen Berechnungen mit 5,5 pCt., in anderen Staaten ist das Verhältniß ein bei weitem ungünstigeres. Alle diese günstigen Momente berechtigen uns, auf dieser Bahn weiterzugehen, wir begrüßen daher die neuen Verstaatlichungspläne mit großer Freude. Herr Büchtemann hat hervorgehoben, daß es wichtig sei, die Ueberschüsse des Eisenbahnbetriebes jetzt zur Erhöhung der Beamtengehälter zu verwenden. Diesem Vorschlage stehe auch ich sympathisch gegenüber. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Eisenbahnen in Folge des neuen Krankenkassengesetzes schon 400,000 M. mehr an die Krankenkassen zu zahlen haben. Würde auf Grund der erzielten Ueberschüsse der Staat gleich Erhöhung der Beamtengehälter vorschlagen, so würden sie auf der linken Seite wieder einwenden, daß, trotzdem die Ueberschüsse noch sehr zweifelhaft seien, der Staat schon wieder an das Ausgeben denken denkt. Es ist ferner eingewendet worden, daß wir immer an das Reich zur Erlangung neuer Steuern appelliren. Preußen ist aber in dieser Beziehung viel ungünstiger gestellt als die anderen Staaten. So schlägt Baiern z. B. aus dem Bier 207 Mill. M. (Hört, hört!) Das sind im Verhältniß zu Preußen kolossale Summen, darum sage ich, das sind auf die Dauer unhaltbare Zustände. Nach meiner Ueberzeugung hat sich die Entwickelung des Reichssteuersystems vollständig bewährt. — Von der Fortschrittspartei insbesondere ist mit den Reichssteuern ein unerhörter Mißbrauch getrieben worden. Im Jahre 1881 wurde dem Volke von jener Seite erzählt, man beabsichtige, 145 Millionen M. neuer Steuern zu erheben. Man hat aber einfach 45 Millionen M. hinzugedichtet. (Abg. Richter: Sind schon da!) Vor zwei Jahren betrug das Maß der neuen Steuern höchstens 115 bis 117 Mill. M., wenn man also schon damals von 145 Mill. M. neuen Steuern sprach, so ist das einfach nicht wahr. (Abg. Richter: Ist ja alles falsch!) Meine Herren, ich halte mich an die Zahlen. Es ergiebt sich daraus, daß gestern der Herr Finanzminister mit seinen Darlegungen vollkommen recht hatte. Die Gewerbesteuer von dem Betriebe im Umherziehen hat um 100,000 M. abgenommen, der Ertrag der Steuer aus dem stehenden Gewerbebetriebe hat dagegen etwas zugenommen. Wenn nun auch im allgemeinen von einer günstigen Finanzlage wohl gesprochen werden darf, so kann doch von einer absolut günstigen Lage nicht die Rede sein. — Ich komme jetzt auf die Schuldotation. Das Schuldotationsgesetz ist eine Staatsbürgerpflicht und man wird sich derselben auf die Dauer nicht entziehen können. Ein Theil der Grund- und Gebäudesteuer muß auf die Kommunen übertragen werden. Die Eisenbahnen haben allen Grund, die erzielten Ueberschüsse unter allen Umständen festzuhalten, wenn überhaupt einmal das Eisenbahnschuld-Kapital getilgt werden soll. Die Ueberschüsse sind lediglich zu verwenden zu Abschreibungen der Eisenbahnschuld, nicht zu Tilgung neuer Ausgaben. Was bleiben uns nun noch für Hilfsmittel? Die Linke weist beständig auf Preußen hin. Wenn wir indessen auch hier die Reformen durchführen, so werden wir doch eine erhebliche Vermehrung der Einnahmen dadurch nicht erlangen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß das System der direkten Steuern erhalten bleiben soll. Es sind aber weitere Reformen nothwendig. Der Klassensteuer stehe ich sympathisch gegenüber. Ein Uebelstand der direkten Steuern ist der Mangel an Beweglichkeit. Da kam man denn auf Grund der vorjährigen Resolution, auf die Kapitalrentensteuer. Wir haben aber in Preußen zu thun, was in anderen Staaten längst geschehen ist. Herr von Schorlemer-Alst hatte sehr recht, wenn er die liberale Presse als unter dem Einfluß des Kapitals und der Börse stehend darstellte, welche diese Steuer auf jede Weise in Mißkredit zu bringen sucht. Schon 1848 hat man das mobile Kapital zu besteuern versucht, das war auch der leitende Gesichtspunkt im Jahre 1881 in Baiern. Wir stehen dem beweglichen Kapital in keiner Weise feindlich gegenüber, sondern stellen es nur auf eine Stufe mit anderen Ertragsquellen. Aber die aus der Einkommensteuer zu erwartenden 10 Mill. und die aus der Kapitalrentensteuer höchstens zu erwartenden 10 Mill. reichen noch nicht aus, es bleibt uns also nichts als die indirekte Steuer. Auch die Börsensteuer ist unvermeidlich. Die Herren auf der linken Seite fordern immer: Man lege uns einen annehmbaren Entwurf vor. Diesen Gegnern aber mag man einen Entwurf vorlegen, welchen man will, sie werden sich dennoch nicht bekehren lassen. Ebensowenig die liberale Presse, welche im Schlepptau der Börse und des Kapitals marschirt. (Sehr richtig, rechts; Lachen links.) Da wir also auf eine Börsensteuer vor der Hand noch nicht rechnen können, so bleibt uns nichts als der Appell an die Reichssteuern. Ich plaidire auch von neuem für die Biersteuer. Wir können nun einmal das Reich nicht unangezapft lassen. Dank der Verstaatlichung der Bahnen und einiger Reichsüberschüsse sind erhebliche Verbesserungen eingetreten. Dieselben genügen aber noch nicht. Ich behaupte, daß die auf Erweiterung der Reichssteuern abzielenden Ausführungen der Thronrede vollkommen berechtigt sind. Wiederholt ist hier auch die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung erörtert worden. Ich stütze mich bei meinen dieshezüglichen Erörterungen auf die Berichte des Vereins für Sozialpolitik, und diese Berichte machen durchaus keinen günstigen Eindruck. Es muß einmal gesagt werden, in den weitesten Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung wird geklagt über die Ausbeutung durch jüdische Kapitalisten. (Sehr richtig, Widerspruch links.) Es muß entschieden etwas zu Gunsten der Landwirthschaft gethan werden. Die Herren Rickert und Büchtemann richteten ihre Angriffe auf unsere Handelspolitik und insbesondere auf die Schutzzölle. Nun, ich bin durchaus kein enthusiastischer Anhänger des Schutzzolles. Daß dieselben Frankreich nicht haben heilen können, zeigt die Gegenwart. In Deutschland aber liegen die Dinge anders als dort. Deutschland konnte infolge seiner späten Entwickelung unmöglich eine so beseftigte Industrie haben, als das Ausland, darum griffen wir zu den Schutzzöllen. Auch ich glaube ja mit der Linken an einen Rückschlag, aber vor der Hand kann an einen solchen noch nicht gedacht werden. Es läßt sich jetzt noch keineswegs entscheiden, ob der Zoll vom Ausland, vom Händler oder vom Konsumenten getragen wird, daher ist weder die Theorie des Reichskanzlers noch die Ihrige zu widerlegen. Es ist hier auch auf die Gründer hingewiesen worden. Von der Seite, von welcher es geschah, hätte es besser unterbleiben können. Ich behaupte auch von seiten Lasters, als Liberaler und Jude, war, da 90 Prozent der Gründer dem Judenthum angehören, dieser Hinweis nicht klug. (Bravo! rechts.) Es ist ferner hier gesagt worden, das Staatsbahnsystem habe keinen Vorzug vor dem Privatbahnsystem, denn ein Minister könne ebenso gut wie ein Aktionär thun, was nicht richtig ist. Dieser Einwand trifft nicht zu. Das Endziel der Privatbahnen ist, möglichst viel Geld zu verdienen. Die Macht der Aktionäre ist unbeschränkt. Die Staatsbahnen haben die Volksvertretung und die Eisenbahnräthe zur Seite, welche hervorheben, was zu ändern und zu verbessern ist. Der Hauptzweck des Staatsbahnsystems ist nicht der Geldwerth. (Abg. Büchtemann: Warum nicht?) Weil der Minister kein Interesse hat, Tantièmen an die Eisenbahnräthe zu zahlen, die Staatsverwaltung ist nicht egoistisch. — Es giebt wenige Mitglieder aus dem Centrum, mit denen ich in wirthschaftlichen Fragen so sehr sympathisire, als mit Herrn von Schorlemer-Alst. Trotzdem frage ich, muß man überall den Kulturkampf hineintragen? (Ja! und Lachen im Centrum.) Ich freue mich über dessen Aeußerung, daß im Falle des Krieges Ost und West, Katholiken und Protestanten zusammenstehen, es war aber überflüssig, diesen Umstand besonders hervorzuheben, denn das ist einfach für jeden Deutschen verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (Lebhafter Beifall links und rechts. Oho! im Centrum.) Trotzdem sehe ich nicht ein, was wirthschaftliche Fragen mit dem Kulturkampf zu thun haben. Wenn man im Centrum immer Konzessionen verlangt, so zweifle ich an dem Frieden. Herr v. Schorlemer fordert eine Mittelpartei. Nun, wir haben ja im Centrum eine solche Partei der Mitte. Solch' eine Mittelpartei aber wünschen wir nicht. Wir verlangen von einer Mittelpartei allerdings nicht, daß die ihr angehörenden Fraktionen ihre Prinzipien aufgeben, wir fordern nur, daß die Fraktionen die kleineren Gegensätze fallen lassen, unter Festhaltung des nationalen Bodens die Reformen durchführen, welche links von den Sezessionisten und Fortschrittlern bekämpft werden, welche aber dennoch unter allen Umständen nothwendig sind, wenn das deutsche Reich auf die Dauer bestehen soll! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Mooren (Centrum) beklagt, daß der Kulturkampf noch immer nicht beigelegt sei. Der Staat könnte mancherlei Ausgaben sparen, wenn er die in Fesseln schmachtende Kirche freigebe. Die Charitas der katholischen Kirche könne nicht zur Geltung kommen infolge der staatlichen Bevormundung. Der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten sei eine verwerfliche Institution, welche aufgehoben werden müsse. Redner ergeht sich dann in den bekannten Klagen gegen den Schulzwang. Der Staat sei ein Tyrann, und der Schulzwang hindere die Kinder, welche mit überflüssigem Wissensballast belastet werden, die nützlichen religiösen Kenntnisse sich anzueignen. Redner fordert darauf eine Börsensteuer. Was die Juden leisten können, haben sie in Tisza-Eszlar gezeigt: zum Glück sind sie auf ihrem Wege in Neustettin aufgehalten worden. Unter großer Unruhe des Hauses bringt der Redner weiter eine Reihe von Beispielen vor, um darzuthun, welche Verwüstung der Kulturkampf angerichtet habe und schließt mit der Aufforderung, endlich den Frieden herbeizuführen.

Abg. v. Benda: Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir die Ueberlastung der Kommunen durchaus anerkennen und bedauern, daß mit Hilfe des Reiches noch keine Entlastung herbeigeführt worden ist. Wir sind auch bereit zu einer Reform die Hand zu bieten, aber wir verlangen einen klaren Plan und wollen keinen obligatorischen Wechsel auf das Reich ziehen, weder in Form einer Revolution noch als Gesetzentwurf, dazu haben wir zu große Ehrfurcht vor dem Reich. Daß die Finanzlage des Staates sich gebessert hat, ist erfreulich und wir erkennen gern an, daß die Eisenbahnverstaatlichung wesentlich zu dieser Besserung beigetragen hat. Es ist uns angenehm, daß für Kunstzwecke diesmal etwas mehr geschieht; über das Maß läßt sich streiten, aber die Aeußerungen von der rechten Seite, welche gegen diese Bewilligungen gehört wurden, sind recht bedauerlich. Es ist richtig, daß wir keinen Anlaß haben von den bewährten Grundsätzen der altpreußischen Sparsamkeit abzugehen, von der alten Methode, nur mit dem zu wirthschaften, was wir haben. Das führt mich auf das Verwendungsgesetz, durch welches in zahlreichen Kreisen die größte Unzufriedenheit und das Wachsen berechtigter und unberechtigter Forderungen erzeugt ist. Wir sind aufrichtig bestrebt, am gesunden Reformwerken mitzuwirken und bereit für die Befriedigung der nachgewiesenen Bedürfnisse einzutreten, aber den großen Gesichtspunkten und Projekten der neuen Finanzpolitik gegenüber müssen wir sehr vorsichtig sein. — Wir bitten im Uebrigen von der bisherigen geschäftlichen Behandlung des Etats nicht abzuweichen. Wir sind die Repräsentanten der alten guten preußischen Finanzpolitik und bevor wir einen Thaler bewilligen, müssen wir erst wissen, wo er herkommen soll. (Beifall links). Redner beantragt schließlich, wie in früheren Jahren den größeren Theil des Etats, darunter die Ausgaben für das Kultusministerium, die ganze Eisenbahnverwaltung, Bergwerke, Forsten 2c. der Budgetkommission zu überweisen.

F.-M. v. Scholz: Daß Herr v. Benda gegen das Verwendungsgesetz ist, war mir bekannt, doch möchte ich daran erinnern, daß in der Thronrede vom 14. Nov. v. J. bereits darauf hingewiesen worden ist. Wir denken im Uebrigen nicht daran, einen Wechsel auf das Reich zu ziehen, das sind Färbungen der Thatsachen, die der Wirklichkeit widersprechen. Wir schlagen nur den Weg ein, daß wir uns mit Ihnen über die Bedürfnisse, welche unbedingt befriedigt werden müssen, verständigen, wir stellen eine Bedürfnißliquidation auf und hoffen, daß uns das Reich nicht im Stiche lassen wird. Herr von Schorlemer hat von der Börsensteuer gesprochen. Die Regierung hat keineswegs aufgegeben, das Projekt zu verfolgen und ich hoffe, daß es uns noch gelingt, der Schwierigkeiten Herr zu werden. In den Ausführungen des Abg. Rickert habe ich die Folgerichtigkeit vermißt, jedenfalls verstehe ich nicht, wie man der Regierung einen Vorwurf daraus machen kann, daß nur 20 Millionen zum Steuererlaß verwendet sind von 60 Mill. Ueberschuß, wo doch 40 Millionen zur Deckung des Defizits erforderlich waren. Wenn Abg. Rickert mich wegen weiterer Einnahmen auf das Stempelgesetz hinweist, so habe ich die Ueberzeugung, daß ich, wenn ich eine Revision in Vorschlag brächte, sicher ein Minus und nicht ein Plus zu erwarten hätte. Abg. Büchtemann meint, der Reichskanzler denke nur immer an neue Steuern und werde auch diesmal wieder mit der Erhöhung des Holzzolles kommen. Ich erinnere an meine gestrige Erklärung, daß in der bevorstehenden Reichstagssession eine solche Vorlage nicht zu erwarten ist, wenn auch später auf diesen Antrag wieder zurückgekommen werden kann. Die Eisenbahnen haben wir nicht erworben, um gute Geschäfte damit zu machen. Wenn wir aber einen Ueberschuß daraus erzielen, so bekenne ich das freilich nicht. Im Uebrigen benutze ich gern diese Gelegenheit, um für die im ganzen wohlwollende Kritik des Etats meinen Dank zu sagen.

Abg. Windthorst: Die Minister sind für das, was in der Thronrede gesagt ist, verantwortlich und müssen sich daher auch die Kritik darüber gefallen lassen. Im Uebrigen wäre es freilich gut, die Krone weniger in die Debatte zu ziehen. (Sehr richtig.) Herr Wagner sagte, der Etat stellt sich deshalb gut, weil das finanzielle Ergebniß der Bahnen bisher ein gutes gewesen und weil die neue Wirthschaftspolitik guten Erfolg gehabt hat. Letzteres unterschreibe ich voll Anerkennung. Was aber die Verstaatlichung der Eisenbahnen betrifft, so frage ich, wohin führt das? Der Staat braucht schließlich nur, wenn er Geldbedürfnisse hat, irgend eine Branche zu verstaatlichen. Das heißt, die Unterthanen auszieehen. (Lärm rechts, Zustimmung links.) Der augenblickliche Nutzen darf die Nachtheile nicht übersehen lassen; denn mit den sogenannten Ueberschüssen sind auch Ausgaben verbunden, welche vielleicht einmal nicht werden bestritten werden können. Diese Richtung führt zum sozialistischen Staate, wo bleibt da das Individuum und die individuelle Freiheit? Hier Bedürfnisse festzusetzen und das Reich zu ihrer Befriedigung zu zwingen, heißt in der That, Wechsel auf den Reichstag ausstellen und ist unzweifelhaft verkehrt. Ein guter Hausvater giebt einen Thaler nicht aus, bevor er ihn hat. Die Kahl der Bedürfnisse, die der Staat hat oder zu haben glaubt, liese sich noch sehr erhöhen. Durch ein Aufzählen derselben weckt man aber nur Enttäuschungen und Unzufriedenheit. Herr Wagner hat uns eine Menge schöner Steuern aus seinem Füllhorn gezeigt. Aber wer soll das alles bezahlen? immer die Steuerzahler, deren Leistungsfähigkeit begrenzt ist, mag die Methode des Herausziehens aus der Tasche noch so geschickt sein. Ueben wir doch unseren Scharfsinn nicht immer in der Erfindung neuer Steuern. (Sehr richtig!) Die Konzentration aller Kunstschätze in Berlin halten wir nicht für nöthig und nicht für gerecht. Was mich betrifft — keinen Groschen! (Heiterkeit!) Es ist von einem Gegensatz zwischen großem und kleinem Grundbesitz gesprochen worden. Ich bin ein kleiner Kleingrundbesitzer (Große Heiterkeit!) Ich halte es für einen mißglückten Versuch, den kleinen Grundbesitz gegen den großen und besonders den bürgerlichen gegen den adeligen auszuspielen. Ich hoffe, die deutschen Bauern werden wissen, daß sie besser thun, zu Hause ihre Wirthschaft zu besorgen, als nach Eisenach zu gehen und sich mit allgemeinen Redensarten abspeisen zu lassen. Dagegen stelle ich den Grundbesitz nicht in feindlichen Gegensatz zu anderen, z. B. Kapitalinteressen. Die Herunziehung des Kulturkampfes in die Etatsberathung war nicht angebracht, denn die Sache hat auch ihre finanzielle Seite, welche Herr v. Schorlemer beleuchtet hat. Herr Wagner als Professor der Sozialwissenschaften sollte vor allem wissen, wie dieser Kampf alle Seiten des bürgerlichen Lebens ergreift. Der Versuch der Gründung einer Mittelpartei war gegen das Centrum gerichtet, welches durchaus ungebrochen werden sollte; wir werden solchen Versuchen mit Gleichmuth entgegensehen. Sie müssen immer an das Centrum appelliren, wenn Sie Sozialpolitik und Wirthschaftsreform machen wollen. — Wenn es sich um unser Vaterland handelt, werden wir immer voll und ganz eintreten, aber dafür sollte man uns Katholiken nicht wie Heloten behandeln.

Finanzminister von Scholz erklärt, daß es ihm nicht in den Sinn gekommen, die Verantwortlichkeit für eine Regierungshandlung abzulehnen oder dafür bei der Krone Deckung zu suchen.

Die Debatte wird geschlossen, und es folgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen.

Unter Anderem entspinnt sich eine längere Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Frhr. v. Schorlemer-Alst und Wagener. Letzterer hatte in seiner Rede mit Beziehung auf v. Schorlemer gesagt, er habe ihn des Mangels an Patriotismus nicht bezichtigt, denn die patriotische Gesinnung sei seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Abg. von Schorlemer-Alst: Ueber patriotische Gesinnung braucht mir Herr Wagener keine Belehrung zu geben. Ich habe schon den Säbel fürs Vaterland geschwungen, als er noch die Feder hinterm Ohre trug und nicht die Ehre hatte, dem preußischen Staatsverbande anzugehören.

Abg. Wagener bestreitet, daß seine Worte eine kränkende Färbung gehabt haben.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst erklärt, daß neuerdings gewisse verrückte französische Blätter für den Fall eines Angriffskrieges auf Sympathien bei den deutschen Katholiken rechnen zu können geglaubt haben. Er habe es deshalb für nothwendig erhalten, gleich bei der ersten Gelegenheit die Beschuldigung von Beziehungen zum Auslande nachdrücklich zurückzuweisen. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Wagener entgegnet: An dem Patriotismus des Vorredners und seiner Partei nicht gezweifelt zu haben und hält das Wort „verdammte Pflicht und Schuldigkeit" als durchaus gebräuchlich aufrecht.

Der Antrag v. Benda, betr. die politische Behandlung des Etats wird darauf einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Gesetzentwurf betr. den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat.)

Schluß 5¼ Uhr.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Breslau, 27. Nov., nachm. (Telegr.) Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100% pr. Nov. 49,60, pr. Nov.-Dez. 48,20, pr. April-Mai 49,30. Weizen pr. Ctr. 188,00. Roggen pr. Nov.-Dez. 147,00, pr. April-Mai 149,00, pr. Mai-Juni 150,00. Rüböl pr. Nov. 67,00, pr. Nov.-Dez. 67,00, pr. April-Mai 67,50. Zink Posenschlesische 14,05 bz.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18831129024/fragment/page=0002